

Das „kurze“ 20. Jahrhundert – Zeittafeln

Die nationalsozialistische Diktatur

- 1919/20 Gründung der NSDAP und der Parteikampfgruppe SA.
- 1923 Hitler-Putsch in München (Nov.) scheitert. Die NS-Bewegung bleibt bedeutungslos.
- 1925 Gründung der SS als Parteischutztruppe der NSDAP (seit 1929 unter Heinrich Himmler).
- 1930 „Erdrutschsieg“ der NSDAP bei den Reichstagswahlen: NSDAP zweitstärkste Partei.
- 1930–1933 Präsidialkabinette (Brüning, von Papen, Schleicher) regieren mithilfe des Notverordnungsartikels 48 der Weimarer Reichsverfassung und unter Duldung der SPD.
- 1932 Bei der Reichstagswahl im Nov. verliert die NSDAP Stimmen.
- 1933
30. Jan. Reichspräsident Hindenburg ernennt **Adolf Hitler zum Reichskanzler**. Nur zwei Minister gehören der NSDAP an, diese verfügen aber über die Polizeigewalt.
28. Febr. Nach dem Reichstagsbrand (27. Febr.) Erlass der „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ („**Reichstagsbrandverordnung**“): Sie setzt die Grundrechte außer Kraft.
- März Josef Goebbels Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda (bis 1945).
5. März **Reichstagswahlen** (unter Repressionen und Terror): Die NSDAP erlangt 44 Prozent.
20. März Himmler gibt die Einrichtung eines ständigen Konzentrationslagers (Dachau) bekannt (stehen seit 1934 unter Aufsicht der SS).
21. März „**Tag von Potsdam**“: Feierliche Eröffnung des Reichstags, Vereidigung Hitlers; Hindenburg und Hitler treten gemeinsam am Grabe Friedrichs des Großen auf.
23. März „**Ermächtigungsgesetz**“: Die Reichsregierung kann Gesetze, auch verfassungsändernden Inhalts, ohne Reichstag und Reichspräsident durch Beschluss in Kraft setzen; das Gesetz wird gegen die Stimmen allein der SPD angenommen.
- April Die politische Polizei wird der neu gebildeten Geheimen Staatspolizei/**Gestapo** unterstellt.
- 1.–3. April **Boycott jüdischer Geschäfte**, Waren, Arztpraxen u. a. auf Anordnung Hitlers.
7. April „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“: Jüdische und politisch unliebsame Beamte können entlassen werden.
2. Mai Auflösung der Gewerkschaften und Gründung der Deutschen Arbeitsfront/DAF (10. Mai).
- Juni/Juli Selbstauflösung der bürgerlichen Parteien unter Druck; Verbot der SPD.
- Juli Gesetz zum Verbot der Neubildung von Parteien, **NSDAP als einzige Partei** zugelassen.
- Okt. Deutschland verlässt die internationale Abrüstungskonferenz, Austritt aus dem Völkerbund.
- Dez. „Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“, NSDAP wird Staatspartei.
- 1934 Dt.-poln. Nichtangriffspakt (Jan.). – Vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Gegensatzes zwischen SA und Wehrmacht lässt Hitler **SA-Stabschef Ernst Röhm ermorden** (Juni), die SS kann ihre Macht auf Kosten der SA ausbauen. – Tod Hindenburgs (Aug.).
- 1935 Deutschland sagt sich von den Rüstungsvereinbarungen des Versailler Vertrages los und führt die allgemeine Wehrpflicht wieder ein (März). – Die „**Nürnberger Gesetze**“ (Sept.) diskriminieren und entrechten die Juden: Beginn der staatlich organisierten Verdrängung der Juden aus dem öffentlichen Leben in Deutschland.
- 1936 Dt. Truppen besetzen das entmilitarisierte Rheinland (März). – Himmler wird Chef der SS und der allgemeinen Polizei (Juni). – Hitler ordnet in einer Denkschrift die Kriegsfähigkeit der dt. Armee und der dt. Wirtschaft in vier Jahren an (Aug.). – Vertrag zwischen NS-Deutschland und dem (seit 1922) faschistischen Italien unter Benito Mussolini: „**Achse Berlin – Rom**“ (Okt.). – Antikominternpakt zwischen Deutschland und Japan (Nov.).

- 1938 Dt. **Einmarsch in Österreich**, das Deutschland angegliedert wird (März). – Der Chef des Generalstabes des Heeres, Ludwig Beck, tritt wegen der Kriegspolitik Hitlers zurück (Aug.). – **Münchener Konferenz** (Sept.): Mussolini (Italien), Neville Chamberlain (Großbritannien) und Edouard Daladier (Frankreich) gestehen Hitler die Abtretung der sudetentd. Gebiete an Deutschland zu („**Appeasement-Politik**“); Einmarsch im Okt. – Novemberpogrom: staatlich verordnete Ausschreitungen gegen Juden (9./10. Nov.).
- 1939 Dt. **Einmarsch in Tschechien** („Protektorat Böhmen und Mähren“; März). – Dt. Besetzung des Memelgebietes (März). – **Hitler-Stalin-Pakt**: Ein geheimes Zusatzprotokoll sieht die Aufteilung Polens vor (Aug.). – Brit.-poln. Bündnisvertrag (Aug.). – Dt. **Angriff auf Polen: Beginn des Zweiten Weltkriegs (1. Sept.)**. In den Deutschland „eingegliederten Gebieten“ Polens werden Polen vertrieben und Deutsche angesiedelt. Ostpolen fällt an die Sowjetunion. „Restpolen“ wird als „Generalgouvernement“ unter Hans Frank Deutschland angegliedert: Ausrottung der poln. Elite, Zusammenlegung der poln. Juden in Gettos; Beginn der auf Dezimierung und Verschleppung zielenden dt. Besatzungspolitik in Osteuropa; poln. Exilregierung in Paris (später London). – Attentat Georg Elzers auf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller (8. Nov.) missglückt.
- 1939–1941 Zeit der dt. „Blitzkriege“.
- 1940 Beginn der Tötung Behinderter („Euthanasie“; Jan.). – Dt. Truppen besetzen Dänemark und Norwegen (April); Beginn der u. a. auf Kollaboration setzenden dt. Besatzungspolitik in Nord- und Westeuropa. – Dt. Westoffensive gegen die neutralen Länder Niederlande, Belgien und Luxemburg; Offensive gegen Frankreich, das nach der Niederlage geteilt wird: die Nordwestzone kommt unter dt. Besetzung, die „freie“ Südzone unter die autoritäre frz. Regierung von Marschall Pétain mit Sitz in Vichy; frz. Exilregierung unter General de Gaulle in London. – **Dreimächtepakt Deutschland – Italien – Japan** („Achsenmächte“; Sept.).
- 1941 Dt. Truppen landen in Nordafrika (Febr.), dt. Angriffe auf Jugoslawien und Griechenland (April). – Dt. **Angriff auf die Sowjetunion** (Juni): Der Vormarsch muss wegen Erschöpfung der Truppen und des einbrechenden Winters vor Moskau im Dez. eingestellt werden. – „Ermächtigung“ des SS-Obergruppenführers Heydrich zur „Endlösung der Judenfrage“ (Juli), Bau der Vernichtungslager (Auschwitz, Maydanek, Chelmno, Belzec, Sobibor, Treblinka). – **Atlantik-Charta**: Theodore Roosevelt (USA) und Winston Churchill (Großbritannien) legen die Prinzipien der Nachkriegsordnung fest (keine Gebietsgewinne, Selbstbestimmungsrecht der Völker, freier Welthandel; Aug.). – Einführung des Judensterns in Deutschland (Sept.). – Kriegseintritt der USA nach dem jap. Überfall auf Pearl Harbor (Dez.): Beginn des Pazifikkriegs, Beginn der „**Anti-Hitler-Koalition**“ (Großbritannien, USA, Sowjetunion).
- 1942 **Wannsee-Konferenz**: Koordinierungsplan zur Ermordung der Juden Europas (Jan.). – Amerik.-brit. Invasion in Nordafrika (Nov.). – Dt. Truppen besetzen Südfrankreich (Nov.).
- 1943 **Konferenz von Casablanca** (Jan.): Roosevelt und Churchill fordern die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, Italiens, Japans. – Kapitulation der seit Nov. 1942 bei Stalingrad eingeschlossenen dt. Armee (Febr.): Symbol der Kriegswende. – Goebbels Rede vom „totalen Krieg“ im Berliner Sportpalast (Febr.). – Hinrichtung der Mitglieder der studentischen Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ (Febr.). – Aufstand der Juden im Warschauer Ghetto (April/Mai) missglückt. – Amerik.-brit. Invasion in Süditalien; Sturz Mussolinis (Juli). – Beginn der alliierten Luftoffensive gegen dt. Städte (Juli). – **Konferenz von Teheran** (Nov./Dez.): Stalin, Roosevelt, Churchill stimmen der Abtretung Ostpolens an die UdSSR zu.
- 1944 Alliierte Invasion in der Normandie (Juni). – **Attentat auf Hitler durch Oberst von Stauffenberg (20. Juli)** missglückt; zahlreiche Hinrichtungen.
- 1945 **Konferenz von Jalta** (Febr.): Roosevelt, Churchill, Stalin beschließen Teilung Deutschlands in Besatzungszonen; Kompromiss über die zu gründende UNO (Einführung eines Vetorechts der Großmächte). – Alliierte Bombardierung Dresdens (13./14. Febr.). – Selbstmord Hitlers (30. April). – **Bedingungslose Kapitulation Deutschlands (7./9. Mai)**: Kriegsende in Europa. – Die USA werfen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki (6./9. Aug.): Kriegs-

Deutschland und Europa nach dem Zweiten Weltkrieg

- 1945 Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa (7./9. Mai), Befreiung Deutschlands von der NS-Diktatur, Aufteilung in Besatzungszonen (amerik., brit., sowj., frz.), Kontrollrat als oberstes Kontrollorgan der vier Besatzungsmächte (gemeinsame Verwaltung Berlins). – **Alliierten-Konferenz von Potsdam (Juli/Aug.)**: Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Dezentralisierung, Demokratisierung Deutschlands; Festhalten an der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands.
- 1946 Beginn der zwangsweisen Errichtung von „Volksdemokratien“ in Osteuropa durch die Sowjetunion. – Rede Churchills vom „Eisernen Vorhang“ (März). – Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED in der sowj. Besatzungszone/SBZ (April). – US-Außenminister Byrnes kündigt den Wiederaufbau Deutschlands an („Stuttgarter Rede“; Sept.)
- 1946–1990 Kalter Krieg zwischen USA und Sowjetunion: Systemgegensatz zwischen liberal-kapitalistischer Demokratie im Westen und kommunistischer, planwirtschaftlicher Diktatur im Osten.
- 1946/47 Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Lage im „Hungerwinter“.
- 1947 Amerik.-brit. **Bizone** gebildet (Jan.; Trizone mit Frankreich 1948/49). – **Truman-Doktrin**: Hilfsangebot der USA an alle westlich orientierten Staaten (März). – Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz: keine Einigung über die Einrichtung dt. Zentralbehörden, Reparationen u. a. (März/April). – Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in der Bizone (seit Sommer). – **Marshall-Plan** für Europa (Juni); wird von der Sowjetunion abgelehnt, später auf ihren Druck hin auch von den Staaten Osteuropas. – Vorantreiben der Einrichtung von Zentralverwaltungen zur Steuerung der Wirtschaft in der SBZ durch die Sowjetunion (deutsche Wirtschaftskommissionen; Juni). – Gründung des „Kommunistischen Informationsbüros“ (**Kominform**): Das Grundsatzreferat von Andrej A. Schdanow teilt die Welt in ein imperialistisches und ein sozialistisches Lager. – Mit der „Volkskongressbewegung“ beginnt in der SBZ die Ausarbeitung einer Verfassung (Ende 1947). – Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz; Westmächte forcieren die Weststaatenlösung (Nov./Dez.).
- 1948 Kommunistischer Staatsstreich der Sowjetunion in der Tschechoslowakei (Febr.). – *De-facto*-Ende der Kontrollratstätigkeit durch den Auszug des sowj. Vertreters, nachdem die Westmächte gemeinsam mit den Benelux-Ländern im März 1948 die föderative Struktur eines dt. Weststaates beschlossen haben. – **Währungsreform** in Westdeutschland und in der SBZ (Juni). – Beginn der Blockade Westberlins durch die UdSSR (bis Mai 1949). – **Frankfurter Dokumente** (Juli): Aufforderung der Westmächte an die westdt. Ministerpräsidenten, eine „Verfassungsgebende Versammlung“ für die Westzonen einzuberufen; nach Kritik der Ministerpräsidenten (wegen der Gefahr einer dt. Spaltung) Einigung auf die Errichtung eines „**Parlamentarischen Rates**“ und die Ausarbeitung eines „**Grundgesetzes**“.
- 1949 Gründung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe/RCW im Ostblock (Jan.). – Verabschiedung des Entwurfs einer Verfassung in der SBZ (März). – Gründung der NATO (April). – **Verkündung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (23. Mai)**; das Besatzungsstatut bestimmt die Rechte der westlichen Alliierten, die Alliierte Hohe Kommission löst den Alliierten Kontrollrat ab. – Wahl zum ersten Bundestag (Aug.). – Gründung der DDR durch Inkraftsetzen des Verfassungsentwurfs für die SBZ (Okt.).
- 1949–1963 **Bundeskanzler Konrad Adenauer** (CDU): soziale Marktwirtschaft; „Wirtschaftswunder“; Westbindung; Hallstein-Doktrin (keine diplomatischen Beziehungen mit Staaten, die die DDR völkerrechtlich anerkennen; 1957); dt.-frz. Zusammenarbeit (Elysée-Vertrag 1963).
- 1949–1954 Theodor Heuss (FDP) erster Bundespräsident (Gegenkandidat: Kurt Schumacher, SPD).
- 1949–1971 **„Ära Ulbricht“ in der DDR**: Walter Ulbricht Generalsekretär bzw. Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED; Fortführung der Stalinisierung der SED; Unterdrückung der Opposition; Aufbau des Sozialismus durch Planwirtschaft, Kollektivierung der Landwirtschaft; Flüchtlingsströme in den Westen und Mauerbau (1961); das 1963 verkündete System der Planung und Leitung (NÖSPL) bringt vorübergehend ein Wachstum der Industrieproduktion und eine Steigerung des Lebensstandards. Wirtschaftsleistung und Lebensstandard sind die höchsten in den Ostblockstaaten, bleiben aber hinter der Bundesrepublik weit zurück.
- 1950–1953 Korea-Krieg: Die beiden Supermächte USA und Sowjetunion prallen militärisch aufeinander, was die Wiederbewaffnungsfrage in beiden deutschen Staaten in den Vordergrund rückt.
- 1951 Änderung des Besatzungsstatuts: Die Bundesrepublik nimmt diplomatische Beziehungen zu anderen Staaten auf. – Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS): „Europa der Sechs“ (Frankreich, Bundesrepublik, Italien, Benelux-Länder).
- 1951–1954 Der Aufbau einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in Westeuropa scheitert; Gründung der Westeuropäischen Union (und Veflechtung mit der NATO).
- 1952 Stalin-Noten: Wiedervereinigungsangebot Stalins gegen eine Neutralität Deutschlands.
- 1953 **Aufstand des „17. Juni“ in der DDR** für wirtschaftliche Verbesserungen, freie Wahlen, Befreiung politischer Gefangener; mithilfe sowj. Truppen niedergeschlagen.
- 1955 **Volle Souveränität der Bundesrepublik** (nach Inkrafttreten der Pariser Verträge von 1954): Aufhebung des Besatzungsstatuts, Auflösung der Alliierten Hohen Kommission, Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO. – **Volle Souveränität der DDR**; Gründung des Warschauer Paktes (Aufnahme der DDR 1956).
- 1956 Aufstand in Ungarn, von sowj. Truppen niedergeschlagen.
- 1958 Inkrafttreten der „Römischen Verträge“ über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und EURATOM (Frankreich, Bundesrepublik, Italien, Benelux-Länder).
- 1961 **Bau der Berliner Mauer** (13. Aug.) an der Demarkationslinie zwischen Ost- und Westberlin und Sperrung der Zugangswege nach Westberlin durch die DDR: beendet die Massenflucht aus der DDR in den Westen.
- 1963 Der SPD-Politiker Egon Bahr stellt in der Bundesrepublik erstmals ein neues Konzept der Ostpolitik vor, „Wandel durch Annäherung“, das auf Gespräche und Verhandlungen setzt.
- 1968 „Prager Frühling“ in der Tschechoslowakei, von sowj. Truppen niedergeschlagen; die Sowjetunion verkündet die **Breschnew-Doktrin**: mögliche Einschränkung der Souveränität sozialistischer Staaten, wenn das sozialistische System bedroht ist.
- 1969–1974 **Sozial-liberale Bundesregierung unter Willy Brandt** (SPD): „Mehr Demokratie wagen“; neue Ostpolitik.
- 1970–1972 **Ostverträge der Bundesrepublik**: Moskauer Vertrag mit der Sowjetunion über Gewaltverzicht und Normalisierung der Beziehungen (Aug. 1970). – Warschauer Vertrag mit Polen über die Normalisierung der Beziehungen (Dez. 1970). – Transitabkommen mit der DDR (Dez. 1971). – Grundlagenvertrag mit der DDR: Die Bundesrepublik akzeptiert den souveränen Status der DDR, vermeidet aber deren völkerrechtliche Anerkennung (Nov. 1972).
- 1971 Viermächteabkommen (USA, Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion) über Berlin: bestätigt die enge Anbindung Westberlins an die Bundesrepublik.
- 1971–1989 **„Ära Honecker“ in der DDR**: Unter dem Ersten Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, sorgen die weltweite Anerkennung als souveräner Staat, eine verstärkte Sozialpolitik (Wohnungsbau, Kindergärten) und eine nachlassende Gängelung der Jugendlichen bis Mitte der 1970er-Jahre für eine gewisse Anerkennung der DDR. In den 1980er-Jahren wachsen die Auslandsschulden, die Unzufriedenheit über die Mangelwirtschaft und die Distanz der Bevölkerung zum Staat und führen in eine Krise. Während in der Sowjetunion Gorbatschow ab 1985 innenpolitische Reformen einleitet, hält die SED an ihrem Machtanspruch fest.
- 1972 Grundsatzklärung der USA und der Sowjetunion über ihre Beziehungen: Verantwortung in der Weltpolitik, Konfliktregelung mit friedlichen Mitteln (Entspannungspolitik).
- 1973 Beitritt von Bundesrepublik und DDR zur UNO.
- 1973–1986 Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft (EG) um Dänemark, Großbritannien, Irland, Griechenland, Portugal und Spanien („Europa der Zwölf“).
- 1982–1998 Christlich-liberale Bundesregierung unter Helmut Kohl (CDU).
- 1989/90 Friedliche Revolution in der DDR und Vereinigung des geteilten Deutschlands (3. Okt. 1990).

Eckdaten der Geschichte der DDR

7.10.1949: Verfassung der DDR
12.7.1952: Die SED beschließt auf ihrer II. Parteikonferenz den „Aufbau des Sozialismus“.
17.6.1953: Volksaufstand
Mai 1955: Die DDR gehört zu den Gründungsmitgliedern der Warschauer Pakt Organisation (WPO).
18.1.1956: Die Volkskammer beschließt den Aufbau der „Nationalen Volksarmee“ (NVA).
13.8.1961: Beginn des Baus der Berliner Mauer („antifaschistischer Schutzwall“)
15.7.1963: Einführung des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ („NÖSPL“)
19.3.1970: Treffen zwischen dem Ministerratsvorsitzenden Stoph und Bundeskanzler Brandt in Erfurt
3.5.1971: Entbindung Ulbrichts und Neuwahl Erich Honeckers zum Ersten Sekretär der SED

21.11.1971: Unterzeichnung des Grundlagenvertrages mit der Bundesrepublik
18.–22.5.1976: Der IX. Parteitag der SED beschließt die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“.
5.–7.10.1989: Offizielle Feiern zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR
9.10.1989: Montagsdemonstration in Leipzig mit 90000 Teilnehmern verläuft friedlich.
18.10.1989: Rücktritt Erich Honeckers
9.11.1989: Öffnung der Mauer zwischen Ost- und West-Berlin
18.3.1990: Erste freie Wahlen zur Volkskammer
3.10.1990: Beitritt der „neuen Länder“ zur Bundesrepublik nach Art. 23 GG

Die wichtigsten Massenorganisationen in der DDR

FDGB: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
9,05 Mio. Mitglieder (1981)
FDJ: Freie Deutsche Jugend
2,3 Mio. Mitglieder (1981)
DFD: Demokratischer Frauenbund Deutschlands
1,4 Mio. Mitglieder (1981)
KB: Kulturbund
0,24 Mio. Mitglieder (1981)

Eckdaten der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

21./24.6.1948: Währungsreform und „Leitsatzgesetz“ (Einführung der sozialen Marktwirtschaft)
8.5.1949: Grundgesetz
11.1.1952: Beitritt zur „Montanunion“
26.5.1952: „Deutschlandvertrag“ mit den drei Westmächten
10.7.1952: Lastenausgleichsgesetz
5.5.1955: Volle Souveränität und Beitritt zur NATO
23.2.1957: Rentenreform
25.3.1957: Gründung der EWG
13.–15.11.1959: Godesberger Parteitag der SPD
13.8.1961: Beginn des Baus der Berliner Mauer durch Grenztruppen der DDR
15.10.1963: Rücktritt des Bundeskanzlers Konrad Adenauer
1967/68: Studentenbewegung
29.5.1968: Notstandsverfassung
12.8.1970: „Moskauer Vertrag“ mit der UdSSR

7.12.1970: „Warschauer Vertrag“ mit Polen
3.9.1971: Viermächteabkommen über Berlin
21.12.1972: Unterzeichnung des „Grundlagenvertrages“
6.5.1974: Rücktritt des Bundeskanzlers Willy Brandt
25.2.1975: Das Bundesverfassungsgericht hebt das Gesetz zum Schwangerschaftsabbruch („Fristenregelung“) auf.
1977: Höhepunkt des Terrors der „RAF“
Januar 1980: Neugründung der Partei „Die Grünen“
10.10.1981: Friedensdemonstration in Bonn gegen den NATO-Doppelbeschluss
9.11.1989: Öffnung der Berliner Mauer
1.7.1990: Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR
3.10.1990: Beitritt der „neuen Länder“ zur Bundesrepublik Deutschland

Attentate der RAF

2./3.4.1969: Als Reaktion auf den Tod von Benno Ohnesorg verüben radikale Anhänger der APO Brandanschläge auf Kaufhäuser in Frankfurt. U. a. werden Andreas Baader und Gudrun Ensslin festgenommen.
14.5.1970: Andreas Baader wird von einer kleinen Gruppe, unter ihnen Ulrike Meinhof, aus dem Gefängnis befreit. Die Aktion gilt als Geburtsstunde der RAF.
1.6.1972: Andreas Baader, Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin werden festgenommen.
9.5.1976: Ulrike Meinhof verübt in ihrer Zelle Selbstmord.
7.4.1977: Generalbundesanwalt Buback und zwei seiner Begleiter werden bei einem Attentat der RAF ermordet.
30.7.1977: Der Chef der Dresdner Bank wird bei einem Attentat der RAF erschossen.
5.9.1977: Ein Kommando der RAF entführt den Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer, um inhaftierte Mitglieder der RAF freizupressen.
13.10.1977: Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, entführen arabische Terroristen die Lufthansa-Maschine „Landshut“ und nehmen 91 Passagiere und Besatzungsmitglieder als Geiseln.

18.10.1977: Ein Spezialekommando des Bundesgrenzschutzes stürmt auf dem Flughafen von Mogadischu (Somalia) die entführte „Landshut“ und befreit alle Geiseln – bis auf den am Vortag bereits ermordeten Piloten – unverletzt. Am selben Abend begehen die RAF-Häftlinge Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe im Hochsicherheitsstrakt des Gefängnisses Stuttgart-Stammheim Selbstmord.
19.10.1977: Hanns-Martin Schleyer wird im Kofferraum eines PKW ermordet aufgefunden.

Die „Blockparteien“ in der DDR

CDU: Christlich-demokratische Union Deutschlands. Gegründet am 26.6.1945. Partei in der Tradition des christlichen Humanismus. Anfänglicher Widerstand gegen die sowjetische Besatzungspolitik (Enteignungen), seit 1952 vorbehaltlose Übereinstimmung mit der Politik der SED. Aufgabe: Integration der Christen in das sozialistische System.

LDPD: Liberal-demokratische Partei Deutschlands. Gegründet am 5.7.1945. Zunächst traditionell liberaldemokratische Partei, ab 1952 vorbehaltlose Übereinstimmung mit der Politik der SED. Aufgabe: Integration der „alten Mittelschichten“ (Handwerker und freie Berufe).

DBD: Demokratische Bauernpartei Deutschlands. Gegründet am 29.4.1948 auf Initiative der SED. Aufgabe: Integration der Landbevölkerung („Bündnis der Arbeiter und Bauern“) vor allem im Zusammenhang mit der Kollektivierung der Landwirtschaft 1952/53 und 1958–60.

NPD: National-demokratische Partei Deutschlands. Gegründet am 23.5.1948 auf Initiative der SED. Aufgabe: Integration national gesinnter Kreise, Umerziehung ehemaliger NSDAP-Mitglieder.